

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
General Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 58.

Dienstag, 10. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Fernverbreitung des Tagesblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. vom ersten, 4. vom zweiten Grundpreis-Zelle (6 Silben, 25 Gold-Pfennige; zehntausender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Vermittlung Rabatt-recht, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goltzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Bußtag.

Von Pfarrer Friedrich Schroeter, Riesa.

Lang ist es her. Unterm Schatten helliger Eichen sammelt sich das Volk unserer Väter, die alten Germanen. Und siehe, da tritt aus dem Kreise der Männer einer vor: „Ich klage, klage wider jenen, der mir großes Unrecht tat! Dafür verlang ich, daß er Buße zahle.“ Daran heißt man den Verklagten vertreten, und als seine Antwort zum Schuldkenntnis genormen, kommen die Kerkelchen zusammen, und man vernimmt ihren Spruch: „So büße denn, wie es Gerechtigkeit verlangt, Auge um Auge, Zahn um Zahn!“

Jahrtausende entschwanden. Von den Türmen christlicher Kirchen künden dumpf die Glocken: Bußtag in deutschen Landen. Viele folgen dem Bienenruf, viel mehr folgen ihm nicht: „Ich habe nichts zu büßen, bin keinem etwas schuldig. Ich stehe aufrecht vor der Welt, tue recht und scheue niemand.“ Das Klingt männlich und würdevoll; und doch, wer den Sinn der Buße nicht besser versteht, der hat sich noch keine tiefere Weltanschauung erworben, der kennt sich selber nicht. Das Menschenleben bedarf im einzelnen wie in seiner Gesamtheit von jeder immer erneuter Zerkleinerung und Veredelung, wenn es nicht im Dunkel seiner Fehler und Verirrungen verbleiben und verkümmern soll, und diese Morgendämmerung, aus deren Schoß der Sonnenaufgang neuer Entwicklungen anbricht, steht unter der tiefen Erkenntnis, daß wir nicht sind, was wir sein sollten, daß wir selbst von Grund aus anders werden müssen.

Leg' nur einmal dein Ohr an der Menschheit Herz! Was hörst du? Ein Seufzen tief und schwer. Bald ist es wortloser Becheln, bald formt es sich in hundert Sprachen zu verständlicher Rede. Schon aus des Altertums Steinen klingt es in Vers und Lied zu uns herüber, wie auf Israels Faltel und aus heiligen Schriftrollen der Jüder. Durch Germaniens düstere Dämne raucht es wie Vorahnung einer Götterdämmerung, aus griechischer Bühne schreitet es im tragischen Gewande: „Der Uebel größtes ist die Schuld!“ Waren es nicht gerade die hervorragenden Gestalten der Menschheitsgeschichte, die diese Last am tiefsten empfunden und unter ihr gekämpft haben? Du kennst den lähnen Apollon, der mit nimmer rostendem Schwerte den Sieg über die Welt und ihre Lust davongetragen, und doch hat auch dieser ein kühles Besitztümlein gekannt, aus dem zu uns seine Klage herüberdringt: „Wollen habe ich wohl, aber vollbringen das Gute finde ich nicht.“ Und dann der große deutsche Prophet, der in der engen Klosterzelle am Boden lag und mit seinem Gott in dunkler Nacht gerungen und gekämpft hat, bis sein Hammer Schlag die erste Tafel an das Tor der Neuzeit schlug: „Tut Buße.“

Ein großes Umklernen ist und bleibt die heilige Gottesforderung herabreichender neuer Zeiten an jedem Wendepunkte der Weltgeschichte, — auch in der Gegenwart. Aber diese Wandlung vollzieht sich nicht zuerst an den äußeren Verhältnissen und Einrichtungen, in nationaler oder sozialer, politischer oder wirtschaftlicher Neuorientierung, sondern in einer heiligen Revolution der Gemüter, in sittlicher Erneuerung des einzelnen wie der Gesamtheit. Zweimal im Jahre begehrt unser Volk nach kirchlicher Ordnung diesen Tag der sittlichen Selbstbesinnung, in der Fastenzeit und am Ende des Kirchenjahres. Mit tiefem Verständnis haben fast alle deutschen Landeskirchen gerade an dem Bußtage der Fastenzeit festgehalten; denn beide gehören zusammen, das rechte Passionsleben und die Buße. Sie gemahnen daran, daß einst einer unter den Menschenkindern lebte, der auch den großen Inzestpakt kannte, der das Menschenherz gerrit, besser als je ein Sterblicher. Und was er gab, uns von der Schuld zu lösen, war mehr als gute Worte und weise Lebensphilosophie: Er gab sich selbst und sein unschuldig Blut. Kein Schriftgelehrter wollte jener lernen, kein Weltweiser, kein Priester am heiligen Altar. Aber kommt an den Berg seiner Selbstopferungen und hört seine Worte voll Kraft und Leben, vor denen alle Menschlichkeit verblaßt wie die Sterne am Morgenhimmel vor der siegreich aufkommenden Sonne. Er allein kann uns reinigen von allen Schladen des Stückerles, kann ewigkeitswerte und ewigkeitsziele in unser armes Leben pflanzen. Er reißt uns empor aus den Niederungen sittlicher Unvollkommenheit und von den Scherben zerbrochener Menschenglücks zum höchsten Sein der Gemeinschaft mit Gott: „Ihr sollt vollkommen sein, gleichwie euer Vater im Himmel vollkommen ist!“ Wer unter dem Kreuze von Golgatha steht, der ist dessen inne geworden, daß nicht mehr ein hühen „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ uns auferlegt werden soll, sondern daß unsere Schuld bezahlt ist, und daß nur ein lebendiger Glaube erforderlich ist, der diese Gabe in heiliger Stille empfängt: „Koset euch verfühnen mit Gott!“

Es kann nichts Gefährlicheres geben, als diese Gabe in verdorbener Selbstüberhebung abzuwehnen und auf die schiefere Ebene des Pharisäismus zu geraten: „Denn, ich danke dir, daß ich nicht bin wie andere Leute!“ Das führt allmählich zur Gewissensverhärtung und zum Selbstbetrug, der nur noch die Schuld des anderen sieht und daran bessern und erlösen will, wo er doch soviel mit sich selber zu tun hätte. Seltsame Blüten hat dieser Pharisäismus bei den Vätern der Entente getrieben. Welcher Eifer, unsere Schuld am Krüge immer neu verbrüht und besiegelt zu sehen, ob auch ein Dokument nach dem anderen am Tageslicht gelangt, das bedeutsam für das Gegenstück zeigt! Welche hohe Worte vom Völkerbund und der Weltverbrüderung, und doch die nackte Gewalttat an den Waffenlosen im Rhein- und Ruhrland! Aber auch im Ost- und Haber unseres deutschen Parteilchens treibt er solche Blüten. Welche Bilder der Selbstüberhebung und rücksichtsloser Verunglimpfung Andersdenkender, die unsere Wahlkämpfe zeigten! Und dann die hochtönende Parole von der „Volksgemeinschaft“, unter der die Parteien ihr Programm verknüpften!

Menschen und Völker gehen letzten Grundes immer nur an der Unfähigkeit zur Buße zugrunde, wenn ihnen der Pflid in das eigene Innere getrübt ward und sie in die Nacht der Selbstvergötterung verfallen, aus der es kein Erwachen mehr gibt. Volkshuße aber wird nur möglich durch Einzelbuße. Wohl ist es wahr, daß zu keiner Epoche der christlichen Geschichte ganze Völker in der gleichen Selbst-erkenntnis zusammengefallen und in dem gleichen Verlangen nach Frieden mit Gott sich gefunden haben. Aber mehr und mehr soll es Licht werden, daß die Erkenntnis reife, was uns not ist, immer ständiger soll der Protest sich erheben gegen alle Zeichtheit in Wort und Bild, in Literatur und Theater, immer lauter soll aus den Herzen Tausender und Abertausender der alte Passionsruf erschallen: „Christe, du Vamm Gottes, der du trägst die Sünde der Welt, erbarme dich unser!“ Das wäre wahrlich ein großer deutscher Tag, wo unsere Buße uns zu diesem Retter und Völkererlöser führte, wo wir ihn selber wiederfinden! Dann dürften wir hoffen, daß ein neues Erwachen auch eine neue geeignete Zukunft bringt.

## Ueber die Präsidentschaftskandidaturen.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 10. März 1925.

Die Entscheidung in dem Kampf um die Präsidentschaftskandidaturen liegt nunmehr beim Zentrum, nachdem sich die Sozialdemokratie dahin entschieden hat, in der Person des früheren preussischen Ministerpräsidenten Braun eine eigene Kandidatur aufzustellen. Unterirdische parlamentarische Kreise wollen bereits jetzt schon wissen, daß für das Zentrum eine Kandidatur Marx nicht mehr in Frage komme, und daß jetzt Stegerwald im Vordergrund stehe, der von den rechtsstehenden Kreisen voraussichtlich zum bürgerlichen Sammelfandaten ausgerufen werden könnte. Allerdings, so verläutet weiter, werde Dr. Barres für den ersten Wahlgang ebenfalls in Frage kommen, damit noch die Möglichkeit bestehe, bei dem entscheidenden zweiten Wahlgang noch einmal das Für und Wider des einzelnen dieser beiden Kandidaten zu prüfen.

In den demokratischen Kreisen hat der Beschluß der Sozialdemokratie, mit einer eigenen Kandidatur hervorzutreten, einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Für den Fall, daß das Zentrum auf eine Kandidatur Marx verzichten, würden sich die Demokraten veranlaßt sehen, den bisherigen Staatspräsidenten Dr. Heines als demokratischen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Dadurch würden die an sich schon geringen Aussichten eines sozialdemokratischen Kandidaten noch mehr verringert werden, denn zweifellos würden zahlreiche sozialistische Kreise, die mit dem Vorgehen des Parteivorstandes nicht einverstanden sind, eher für den Demokraten stimmen.

Die Rechtsparteien sind zur Zeit immer noch darauf eingestellt, auch das Zentrum für eine bürgerliche Sammelfandatur zu gewinnen und werden vor der endgültigen Entscheidung der Zentrumsvorstände ebenfalls noch mit ihren Beschläffen zurückhalten.

Eine Entscheidung ist übrigens kaum vor Mittwoch zu erwarten, da sich die Verhandlungen unter den beteiligten Parteikreisen noch hinzuziehen. Der linke Flügel des Zentrums ist angekreuzt bemüht, ein Zusammengehen mit den Rechtsparteien zu verhindern, jedoch man noch nicht voraussehen kann, wie die Entscheidung des Zentrums ausfallen wird. Auf die Haltung des Zentrums läßt letzten Endes auch die bayerische Volkspartei einen gewissen Einfluß aus, die daran interessiert ist, daß die Fühlung zwischen diesen beiden katholischen Parteien aufrecht erhalten bleibt. Wenn nämlich das Zentrum den Rechtsparteien einen eigenen Kandidaten gegenüber stellen würde, so wird die bayerische Volkspartei nach Lage der Dinge kaum imstande sein, den Rechtskandidaten gegenüber einen Zentrumsmann zu unterstützen, weil in Bayern zweifellos entschiedene Neigung besteht, eine katholische Persönlichkeit zu wählen.

Ob im ersten Wahlgang überhaupt schon eine Entscheidung fallen wird, erscheint heute im höchsten Grade zweifelhaft. Vielmehr wird damit zu rechnen sein, daß der erste Wahlgang kein endgültiges Ergebnis bringt und die Parteien für die zweite entscheidende Abstimmung ganz neue Beschläffe fassen müssen.

## Die Demokratische Reichstagsfraktion

hat folgendes Schreiben an die Deutsche Zentrumspartei, an die Deutsche Nationalpartei, an die Deutsche Volkspartei, an die Bayerische Volkspartei, an die Sozialdemokratische Partei und an den Staatsminister a. D. v. Loebell, Berlin als dem Vorsitzenden des Ausschusses der Rechtsparteien gerichtet: Die Vorarbeiten zur Reichspräsidentenwahl lassen erkennen, daß die Gefahr einer erneuten Aufrechterhaltung der alten verhängnisvollen Klassengegensätze täglich wächst. Eine Wahlbewegung, in der eine größere Anzahl von Kandidaten und Parteien auftraten, würde die Gegensätze verschärfen, die großen Linien der politischen Entscheidungen verwischen und zu einem Zufallsergebnis führen, das dem gewählten Präsidenten nicht das erforderliche Ansehen im In- und Auslande gibt. Die Vermeidung dieser Gefahren ist eine nationale Pflicht. Die Deutsche Demokratische Partei hat den Wunsch, daß unter den gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Verhältnissen bei der Wahl des Reichspräsidenten eine möglichst große Mehrheit des deutschen Volkes sich auf eine Persönlichkeit vereinigt, die, seit auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehend, über den Rahmen der politischen Parteien hinaus allgemeines Ansehen und Vertrauen in das hohe Amt mitbringt. Als eine solche Persönlichkeit betrachten wir den Präsidenten des Reichsgerichts, Herrn Dr. Simons. Wir sind zu gemeinsamen Beratungen, auch über einen

anderen, den erwähnten Voraussetzungen entsprechenden Vorschlag bereit.

## Ein vorläufiger Finanzausgleich.

Wie das preussische Finanzministerium mitteilt, waren schon Anfang Februar bei den Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister die Landesfinanzminister übereinstimmend der Meinung gewesen, daß der endgültige Finanzausgleich zurzeit zurückgestellt werden müsse und zunächst eine Regelung für das Rechnungsjahr 1925 getroffen werden solle. Die Reichsregierung plant nunmehr eine vorläufige Regelung, die nach dem Reichsrat zu beantragen den Entwurf nur in einer vorläufigen Verlängerung des geltenden Finanzausgleiches auf zwei Monate bestehen soll, mit der Maßgabe, daß gegen Ablauf dieser Zeit eine Neuregelung mit Rückwirkung ab 1. April 1925 eintreten solle. Eine solche auf ungewisse abgestellte Regelung für zwei Monate wäre aber, wie das preussische Finanzministerium schreibt, für die Aufstellung der Staats- und Gemeindehaushalts für eine geordnete Finanzabfuhr für Länder und Gemeinden ganz unerträglich. Die Länder würden sich mit diesem Entwurf nicht abfinden können. In Preußen würde ein neuer Verteilungsschlüssel innerhalb der Gemeinden nicht nur für zwei Monate aufgestellt werden können. Eine einfache Verlängerung der bestehenden Regelung wäre natürlich das Einfachste. Die Länder sind aber der Ansicht, daß sie und ihre Gemeinden mit den bisherigen Verteilungen nicht auskommen können, daß ihr Bedarf von der Reichsregierung unterschätzt und die Einnahmemaßnahmen insbesondere aus der Gewerbesteuer und der Hauszinssteuer immer noch stark überschätzt sind. Sie halten auch die weitverbreitete Anschauung, daß die Gemeinden im Überflusse lebten, zum mindesten in dieser Allgemeinheit für unrichtig. Die Verteilungsschlüssel in Preußen müßten auf eine bessere und gerechtere Grundlage gestellt werden. Das Reich sei wenigstens für das Jahr 1925 durchaus in der Lage, den Ländern mehr entgegenzukommen. Durch die Steuerpläne des Reiches sollten die Steuern, an denen die Länder und Gemeinden teilnehmen, mit Rücksicht auf die Steueranpassung herabgesetzt, die dem Reich verbleibenden Steuern, vor allem die indirekten, erhöht werden. Bei solcher Regelung sei es für die Länder und Gemeinden unerträglich, wenn außerdem noch ihre Anteile an den Ueberweisungsteuern herabgesetzt werden sollten. Dies würde eine für die Wirtschaft gefährliche Ueberinanspruchnung der Realsteuern in Ländern und Gemeinden zur Folge haben.

## Deutschland und die Ölgrenzen.

Berlin, 10. März. Wie wir hören, wird sich die Reichsregierung noch ausführlicher mit der Frage der Sicherheitsgarantien an der Ölgrenze beschäftigen müssen. Durch die von polnischer Seite eingeleiteten Bemühungen ist jetzt die Gefahr eingetreten, daß Frankreich darauf besteht, bei dem Abschluß eines Garantiepactes auch ein Abkommen über die Ölgrenzen zu treffen. Diese Forderung würde man deutscherseits kaum annehmen können. Vielmehr würde man darauf bestehen müssen, daß über die Ölgrenzen nur mit den zuständigen Regierungen, also mit Polen und der Tschekoslowakei abgehandelt wird. Wenn diese beiden Mächte sich dem geplanten Sicherheitspact anschließen wollten, so würde es notwendig sein, daß sie vorher mit der deutschen Regierung Sühnung nehmen. Der Gedanke eines Sieben-Mächte-Vertrages köhrt jedoch in den deutschen Regierungskreisen auf sehr schwere Bedenken, da Polen versuchen könnte, durch weitgehende Forderungen das ganze Projekt der Sicherheitsgarantien zunichte zu machen.

## Belgien zur Sicherheitsfrage.

Paris. Der belgische Außenminister Dymans erklärte nach Beendigung seiner Unterredung mit Herriot, die Frage der Sicherheit habe den Hauptgegenstand seiner Verhandlungen mit Herriot gebildet. Er glaube, daß es nun möglich sei, die Sicherheit Frankreichs und Belgiens in enger Zusammenarbeit mit England sicherzustellen. Jedoch müsse man eine Formel suchen, die die berechtigten Forderungen der kontinentalen Völker und die Empfindlichkeiten Englands und seiner Dominions beruhige. In der Frage der Beteiligung Deutschlands an einem Sicherheitsabkommen weiche die belgische Meinung von der französischen nicht ab.

## Der Völkerratsrat in Genf

ist gestern vormittag zu seiner öffentlichen Sitzung zusammengetreten. In einer einstündigen nichtöffentlichen Sitzung regelte er einige interne Fragen, wie den Bau eines Versammlungsgeländes für den Völkerratsrat, und vertagte die erste öffentliche Sitzung auf Dienstag vormittag. Die Eröffnungssitzung wird mit einer Trauerkundgebung für das mehrjährige schwedische Staatsmitglied Branting beginnen.

Die wichtigsten Sonderdelegationen sind bereits in Genf eingetroffen, so die Danziger Delegation unter Führung des Senatspräsidenten Sabm, und die Saardelegation unter Führung des Geheimrats Koehling. Ferner weit der polnische Minister des Neuhern Stronski bereits hier, dessen Aufenthalt in Genf aber nicht nur den Streitfragen zwischen Danzig und Polen gilt; er wird wahrscheinlich verurteilt, die Stimme Polens bei den Besprechungen über die Kontraktfrage zur Geltung zu bringen, auf die vermutlich auch der von Deutschland vorgeschlagene Sicherheitspact nicht ohne Einfluß bleiben dürfte. Die Führung der griechischen Delegation hat ebenfalls anstelle von Caclamann übernommen. Die türkische Delegation steht unter dem türkischen Botschafter in Bern Munir Bey.